

Wie man entstaatlicht und wie nicht

Schlagwörter:

Geschichte der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, Freie Märkte

24.06.2013

Murray N. Rothbard

[Dieser Artikel erschien 1992 in The Review of Austrian Economics.]

Einleitung

Es ist allgemein anerkannt, dass Bürokraten den Prozess behindern, aber unter den Befürwortern des freien Marktes herrscht große Verwirrung. Jedenfalls ist die Tatsache kaum hilfreich, dass westliche Ökonomen, an denen sich der ehemalige Ostblock in Sachen Weisheit orientiert, in den sechzig Jahren seit der Einführung des Sozialismus durch Stalin in der Sowjetunion und in dem halben Jahrhundert, seitdem die Sowjets ihn Osteuropa aufgezwungen haben, selbst so gut wie nichts unternommen haben, um dieses Problem zu untersuchen, geschweige denn zu lösen.

Denn seit Mitte der 1930er Jahre haben fast alle westlichen Ökonomen die Ansicht akzeptiert, dass es im Sozialismus kein Kalkulationsproblem gibt und die meisten haben die darauf folgende Vorstellung akzeptiert, dass die sowjetische Wirtschaft erfolgreich und im Wachstum begriffen war und in Kürze die der Vereinigten Staaten überholen würde.[1]

Wie man nicht entstaatlicht

Wir können zunächst den Weg für die Entstaatlichung ebnen, indem wir verschiedene Wege untersuchen, die populär geworden sind, aber eindeutig nicht der Weg sind, um unser vermutlich gemeinsames Ziel zu erreichen.

Wie man Entstaatlichung nicht angehen sollte, lässt sich anhand der Geschichte eines Freundes von mir verdeutlichen, der mir kürzlich von einem sowjetischen Kollegen in seiner Abteilung erzählte, der in die Vereinigten Staaten gekommen war, um fleißig das Problem zu studieren, wie man in der UdSSR einen Terminmarkt schaffen könnte. Er wurde dadurch behindert, dass er offenbar nicht herausfinden konnte, welche Gesetze oder Verordnungen der sowjetische Staat erlassen sollte, um den Terminmarkt in den Vereinigten Staaten nachzubilden. Kurz gesagt, er konnte keinen Weg finden, einen Terminmarkt zu planen.

Hier kommt nun ein entscheidender Punkt: Märkte lassen sich nicht planen. Es liegt in ihrer Natur, dass man Menschen nur so frei machen kann, dass sie interagieren und sich austauschen können und dadurch selbst Märkte entwickeln. In ähnlicher Weise haben mehrere der sozialistischen Länder, die die Bedeutung der Kapitalmärkte im Westen erkannt haben,

versucht, Börsen zu entwickeln, aber mit wenig Erfolg. Erstens, weil Aktienmärkte nicht planbar sind, und zweitens, weil es, wie wir später noch sehen werden, keine Märkte für Kapitalanteile geben kann, wenn es praktisch noch keine privaten Kapitaleigentümer gibt.

Keine graduelle Einführung

Es ist wieder allgemein anerkannt, dass freie Märkte schnell erreicht werden müssen und dass ihre langsame und allmähliche Einführung das Ziel nur auf unbestimmte Zeit verzögern wird. Es ist bekannt, dass die riesige sozialistische Bürokratie diese Verzögerung nur nutzen wird, um das Ziel insgesamt zu behindern. Aber es gibt noch weitere wichtige Gründe für Geschwindigkeit. Erstens, weil der freie Markt ein miteinander verbundenes Netz bzw. Geflecht ist; er besteht aus unzähligen Teilen, die durch ein komplexes Netzwerk von Produzenten und Unternehmern miteinander verknüpft sind, die Eigentumsrechte austauschen, motiviert durch das Streben nach Gewinn und die Vermeidung von Verlusten, und ihre Kalkulationen mithilfe eines freien Preissystems durchführen.

Zurückhaltung und die Freigabe nur weniger Bereiche auf einmal wird nur zu anhaltenden Verzerrungen führen, die das Funktionieren des Marktes beeinträchtigen und ihn in den Augen einer ohnehin schon ängstlichen und misstrauischen Öffentlichkeit diskreditieren werden. Aber es gibt noch einen weiteren wichtigen Punkt: Die Tatsache, dass man Märkte nicht planen kann, gilt auch für die Planung ihrer schrittweisen Einführung. So sehr sie sich auch etwas anderes vormachen mögen, Regierungen und ihre Wirtschaftsberater befinden sich nicht in der Position weiser Olympischer Götter, die über der Wirtschaftsarena stehen und sorgfältig planen, den Markt Schritt für Schritt einzuführen, indem sie entscheiden, was zuerst, was als Zweites usw. zu tun ist. Ökonomen und Bürokraten sind nicht besser darin, schrittweise Einführungen zu planen, als jeden anderen Aspekt des Marktes zu diktieren.

Um echte Freiheit zu erreichen, muss sich die Rolle der Regierung und ihrer Berater darauf beschränken, ihre Untertanen so schnell und so vollständig zu befreien, wie es nötig ist, um ihre Fesseln zu lösen. Danach besteht die eigentliche Aufgabe der Regierung und ihrer Berater darin, sich aus den Angelegenheiten der Bürger herauszuhalten.

Kein hartes Vorgehen gegen Schwarzmarkte

Ein Weg in Richtung Freiheit, den der ehemalige Präsident Gorbatschow eingeschlagen hatte, bestand darin, gegen die Schurken des Schwarzmarkts vorzugehen. Wir könnten daraus schließen, dass die Denkweise des Ostblocks noch einen langen Weg vor sich hat, um Freiheit zu verstehen, abgesehen davon dass es auch im Westen nur wenige gibt, die dieses Problem verstehen. Denn die Schwarzmarkthändler sind keine Schurken; wenn sie manchmal wie Schurken aussehen und handeln, dann nur, weil ihre unternehmerischen Aktivitäten illegal gemacht wurden. Der „Schwarzmarkt“ ist einfach der Markt, den die Sowjets angeblich austrocknen wollen, der aber gerade deshalb „schwarz“ geworden ist, weil er für illegal erklärt wurde. Es ist ein verkrüppelter und verzerrter Markt, aber gerade in diesem verachteten „schwarzen“ Bereich werden die Sowjets den Markt am leichtesten finden. Anstatt hart durchzugreifen, sollten die Regierungen den Schwarzmarkt sofort liberalisieren.

Das Geld des Volkes nicht konfiszieren

Die Sowjetunion leidet unter dem Problem des „Rubelüberhangs“, das bedeutet, dass zu viele Rubel zu wenig Waren hinterherjagen. Es wird allgemein anerkannt, dass der „Überhang“ das Ergebnis einer umfassenden Preisbindung ist, durch die die Regierung Preise weit unter dem markträumenden Niveau festgelegt hat. Im Laufe der Jahre hat die sowjetische Regierung rasch neues Geld gedruckt, um ihre Ausgaben zu finanzieren, und diese erhöhte Geldmenge hat in Verbindung mit einem aufgrund des Zusammenbruchs der sozialistischen Planung immer weiter schwindenden Warenangebot zu einer Verschärfung der Versorgungsengpässe und zu einem Überangebot an Geld im Verhältnis zu den verfügbaren Waren geführt.

Es ist allgemein anerkannt, dass die Engpässe beseitigt und der Überhang abgeschafft würden, wenn die Preise frei schwanken könnten. Doch die Regierung fürchtet den Zorn unzufriedener Konsumenten. Vielleicht ist das gerechtfertigt, aber es ist kaum eine Lösung, das zu tun, was Gorbatschow getan hat, nämlich den geistlosen Weg des brasilianischen „Freihandels“-Präsidenten Collor de Mello zu beschreiten, der im Frühjahr 1990 in dem Versuch, die Hyperinflation umzukehren, willkürlich 80 Prozent aller Bankkonten einfroste. Gorbatschew übertraf dies noch, indem er plötzlich alle großen Rubelnoten für wertlos erklärte und nur eine kleine Anzahl gegen kleinere Stückelungen eintauschen ließ. Das ist keine Möglichkeit, einen Überhang zu beseitigen; bestenfalls ist die Heilung viel schlimmer als die Krankheit.

In erster Linie wurden bei diesem vermeintlichen Schlag gegen Schwarzmarkthändler eher die Ersparnisse des durchschnittlichen Sowjets zerstört, da die Schwarzmarkthändler klug genug waren, bereits in Edelmetalle und Fremdwährungen zu investieren. Aber noch wichtiger: Mit dieser Maßnahme versetzt die Regierung dem Durchschnittsbürger und der Wirtschaft den zweiten Schlag einer Doppelschlagkombination. Der erste Schlag war, dass die Regierung die Geldmenge aufblähte, um ihre üblichen, verschwenderischen Ausgaben zu tätigen. Dann, nachdem das Geld ausgegeben und die Preise in die Höhe getrieben wurden – entweder offen oder verdeckt – beginnt die Regierung in ihrer Weisheit, über die Schrecken der Inflation zu klagen, macht Schwarzmarkthändler, gierige Verbraucher, die Reichen oder wen auch immer dafür verantwortlich und fährt mit dem zweiten monströsen Schlag fort, indem sie das Geld lange nachdem es in Privatbesitz gelangt ist, konfisziert. Unabhängig davon, ob man diesen Prozess als „freien Markt“ bezeichnet oder nicht, bleibt er enteignend, ungerecht, etatistisch und eine doppelte implizite Steuer- und Abgabenbelastung für die Wirtschaft.

Keine Steuererhöhung

Leider ist eine der „Lektionen“, die viele Osteuropäer von westlichen Ökonomen gelernt haben, die angebliche Notwendigkeit, die Steuern stark zu erhöhen und progressiv zu gestalten. Steuern sind parasitär und etatistisch; sie lähmen Energien, Ersparnisse und Produktion. Steuern greifen in die Rechte des Privateigentums ein und verletzen diese. Je höher die Steuern, desto sozialistischer die Wirtschaft; je niedriger sie sind, desto näher kommt die Wirtschaft echter Freiheit und echter Privatisierung, was ein System vollständiger Rechte des Privateigentums bedeutet. Der Versuch von Mazowiecki, Privatisierung und freie Märkte in Polen zu erreichen, wurde durch die Einführung weit höherer und progressiver Steuern stark behindert.

Als Teil der Verschiebung in Richtung Freiheit und Entstaatlichung sollten die Steuern also drastisch gesenkt und nicht erhöht werden.

Staatliche Unternehmen, die sich gegenseitig gehören, sind keine Privatisierung

Ich verdanke Dr. Yuri Maltsev die Information, dass der viel gepriesene Shatalin-Plan für die Sowjetunion, der innerhalb von 500 Tagen Privatisierung und freie Märkte herbeiführen sollte, in Wirklichkeit gar keine Privatisierung war. Offensichtlich sind die bestehenden staatlichen Unternehmen in jeder Branche nicht tatsächlich privatisiert worden – also in den Besitz von Privatpersonen übergegangen – sondern (zumindest zu 80 Prozent) in das Eigentum anderer Unternehmen derselben Branche übergegangen. Dies würde bedeuten, dass riesige staatliche Monopolfirmen weiterhin staatliche Monopolfirmen und sich selbst erhaltende Oligarchien wären und nicht wirklich Privateigentum. Privatisierung muss Privateigentum bedeuten.[2]

Wie man entstaatlicht

Die folgenden Punkte zur Entstaatlichung müssen notwendigerweise nacheinander geschrieben bzw. gelesen werden, aber keineswegs in dieser Reihenfolge durchgeführt werden: Alle folgenden Punkte können und sollten sofort und auf einmal umgesetzt werden.

Legalisierung des Schwarzmarkts

Die ersten beiden Punkte sind im vorangegangenen Teil dieses Artikels implizit enthalten. Erstens, den Schwarzmarkt legalisieren, das heißt alle Märkte frei und legal machen. Das bedeutet, dass das Privateigentum all derer, die sich an solchen Märkten beteiligen, ebenso wie das aller anderen vor staatlicher Enteignung geschützt werden muss, und zwar als Eigentumsrecht. Es bedeutet auch, dass alle bisher illegalen Waren und Dienstleistungen nun legal sind, unabhängig davon, ob sie im Westen legal sind oder nicht, und dass alle Transaktionen frei durchgeführt werden können, d.h. dass die Preise freiwillig von den Handelspartnern festgelegt werden. Folglich sind auch alle staatlichen Preiskontrollen unverzüglich aufzuheben.

Wenn echte Preise für reale Transaktionen höher sind als die von der Regierung festgelegten Pseudo-„Preise“ für nicht existierende Transaktionen, dann sei dem so. Die Beschwerden der Verbraucher sollten einfach ignoriert werden; Verbraucher, die weiterhin das bisherige System fester Preise für nicht vorhandene Waren bevorzugen, können natürlich die neuen Preise boykottieren und versuchen, anderswo günstigere Bezugsquellen zu finden. Ich vermute jedoch, dass sich die Verbraucher schnell genug an diese einmaligen Veränderungen anpassen werden, zumal eine beispiellose Fülle an Konsumgütern bald auf den Markt strömen wird.

Mit „Legalisierung“ meine ich übrigens lediglich die Aufhebung eines bisherigen Verbotsstatus; ich möchte mich nicht auf semantische Spitzfindigkeiten einlassen, um zwischen „Legalisierung“ und „Entkriminalisierung“ zu unterscheiden.

Drastische Senkung aller Steuern

Eine weitere Schlussfolgerung aus unserer vorherigen Analyse ist, dass die Steuern drastisch gesenkt werden sollten. In der Literatur zum Thema Besteuerung wird viel zu viel darüber diskutiert, welche Arten von Steuern erhoben werden sollen, wer sie zu zahlen hat und warum, und viel zu wenig über die Höhe oder den Betrag der zu erhebenden Steuern. Wenn der Steuersatz niedrig genug ist, spielt die Form oder die Grundsätze der Steuerverteilung tatsächlich kaum eine Rolle.

Um es ganz klar zu sagen: Wenn alle Steuersätze unter einem Prozent gehalten werden, spielt es wirtschaftlich gesehen keine große Rolle, ob es sich um Einkommens-, Umsatz-, Verbrauchs-, Vermögens- oder Kapitalertragssteuern handelt. Es ist stattdessen wichtig, sich darauf zu konzentrieren, wie viel des Sozialprodukts in den unproduktiven Schlund der Regierung abgesaugt werden soll, und diese Belastung minimal zu halten.

Während die Form der Besteuerung dann wirtschaftlich keine Rolle spielen würde, wäre sie politisch immer noch wichtig. Eine Einkommenssteuer beispielsweise würde, selbst wenn sie noch so niedrig wäre, dennoch ein repressives System der Geheimpolizei aufrechterhalten, die bereit und willens ist, das Einkommen und die Ausgaben jedes Einzelnen und damit sein gesamtes Leben zu untersuchen. Ökonomen sind dagegen der Meinung, dass es keine marktneutrale Steuer bzw. ein marktneutrales Steuersystem gibt.[3]

Welche Besteuerung auch immer nach der Entstaatlichung bestehen mag, sollte jedoch so nah wie möglich an der Neutralität liegen. Dies würde bedeuten, dass zusätzlich zu sehr niedrigen Steuersätzen und -beträgen die Besteuerung so unauffällig und harmlos wie möglich sein und den Markt so genau wie möglich nachahmen sollte. Eine solche Nachahmung könnte den freiwilligen Verkauf von Waren und Dienstleistungen zu einem bestimmten Preis oder die Festlegung eines Preises für die Teilnahme an Wahlen umfassen. Der Verkauf von Waren oder Dienstleistungen durch die Regierung wäre in unserem entstaatlichten System aufgrund des enormen Umfangs der Privatisierung staatlicher Aktivitäten natürlich drastisch eingeschränkt. Die Privatisierung wird im Folgenden behandelt.

Abschaffung der Fähigkeit der Regierung, Geld zu drucken

Die Fähigkeit einer Regierung, Einnahmen zu generieren, besteht aus drei Teilen: Besteuerung, Schaffung von neuem Geld und Verkauf von Waren oder Dienstleistungen.[4] Es kann keinen echten freien Markt bzw. eine Entstaatlichung geben, solange es der Regierung gestattet ist, Geld zu fälschen, d.h. neues Geld zu schaffen, sei es in Form von Papiergele oder Bankeinlagen, aus dem Nichts. Eine solche Geldschöpfung fungiert als verdeckte und heimtückische Form der Besteuerung und Enteignung des Eigentums und der Ressourcen der Produzenten. Die Geldfälschung zu beenden bedeutet, die Regierung aus dem Geldgeschäft herauszuhalten, was wiederum die Abschaffung sowohl des staatlichen Papiergele des auch des Zentralbankwesens impliziert. Es bedeutet auch, Währungseinheiten wie Rubel, Forint, Zloty usw. zu entstaatlichen und sie wieder in private Hände zu geben.

Die Entstaatlichung der Währung kann nur durch eine Neudefinition der Papierwährungen in Bezug auf Gewichtseinheiten eines Marktmetalls, vorzugsweise Gold, erreicht werden. Wenn die Zentralbanken liquidiert werden, könnten sie ihre Goldvorräte ausgeben; als ihre letzte Handlung auf Erden könnten sie alle ihre Papiergele zum neu definierten Gewicht in Goldmünzen einlösen.

Angesichts des Willens zur Entstaatlichung ist dieser Prozess der Währungsentstaatlichung zwar nicht so komplex oder schwierig, wie es zunächst erscheinen mag, doch könnte er tatsächlich länger dauern als der eine Tag, der für die anderen Teile unseres Plans erforderlich ist.^[5] Es könnte dann Übergangsmaßnahmen von einigen Tagen Dauer geben: Das heißt, der Rubel oder der Forint könnten frei schwanken und zu Marktwechselkursen in andere Währungen umgetauscht werden.

Es wäre immer noch zwingend erforderlich, die geldschöpfende Macht aus den Händen der nationalen Regierung zu nehmen; ein möglicher Weg, dies zu tun, und ein zweiter Übergangsschritt wäre, den Rubel zu einem festen Zinssatz in härtere Währungen wie den Dollar konvertierbar zu machen. Bis zur Rückkehr zu einem reinen Goldstandard und zur Liquidation der Zentralbank wäre es auch wichtig, die Macht der Regierung, Geld zu drucken, einzuschränken, indem alle Zentralbankaktivitäten, einschließlich Offenmarktgeschäfte, Kredite und Banknotenemissionen, dauerhaft eingefroren werden. Es muss kaum hinzugefügt werden, dass ein Gesetz oder Erlass, der die Regierung selbst einschränkt oder einfriert, kein Eingriff in die Wirtschaft oder Gesellschaft darstellt. Ganz im Gegenteil.

Genauso wie Schwarzmärkte und alle privaten Märkte liberalisiert würden, würden auch private Kreditinstitute, die Kredite aus Ersparnissen vergeben oder die Ersparnisse anderer weiterleiten, frei agieren können.

Entlassung der Bürokratie

Dem Leser ist vielleicht eine Frage in den Sinn gekommen: Wenn die Steuern drastisch gesenkt werden sollen und der Regierung die Befugnis entzogen wird, Geld zu drucken oder zu schaffen, wie will die Regierung dann ihre Ausgaben und ihren Betrieb finanzieren?

Die Antwort lautet: Das müsste sie nicht, denn es gäbe kaum noch etwas, was die Regierung tun könnte. (Dies wird weiter unten in der Diskussion über die Privatisierung erläutert.)

Die sozialistische Wirtschaft ist eine Kommandowirtschaft, besetzt und geführt von einer gigantischen Bürokratie. Diese Bürokratie würde sofort entlassen werden, ihre Mitglieder wären endlich frei, produktive Arbeitsplätze zu finden und ihre produktiven Fähigkeiten im derzeit schnell wachsenden und florierenden Privatsektor zu entfalten.

Dies führt uns zu einem faszinierenden Problem, das, während es lange in den Herzen und Köpfen der unterdrückten Subjekte des Sozialismus ruhte, jetzt unerwartet zu einem lebendigen politischen Thema geworden ist. Was soll mit den Spitzenkadern der Kommunistischen Partei, der Nomenklatura und dem riesigen Apparat der einst allmächtigen Geheimpolizei geschehen? Sollte ihnen endlich Gerechtigkeit widerfahren, indem eine Reihe von Prozessen wegen Staatsverbrechen durchgeführt wird, gefolgt von angemessener und gerechter Bestrafung? Oder sollte man die Vergangenheit ruhen lassen, eine allgemeine Amnestie verkünden und ehemalige KGB-Mitarbeiter als private Wachleute oder Detektive einstellen? Ich gestehe, dass ich in dieser Frage ambivalent bin, wenn ich die konkurrierenden Ansprüche von Gerechtigkeit und sozialem Frieden gegeneinander abwäge. Glücklicherweise kann die Entscheidung den Völkern der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas überlassen werden. Es gibt nicht viel, was ein Ökonom, selbst ein Ökonom des freien Marktes, sagen kann, um dieses Problem zu lösen.

Privatisierung oder Abschaffung von Regierungsaufgaben

Damit kommen wir zum letzten, aber keineswegs unwichtigsten Punkt unserer vorgeschlagenen Enstaatlichungsplattform: der Privatisierung staatlicher Aufgaben. Da theoretisch die gesamte oder in der Praxis der größte Teil der Produktion in sozialistischen Ländern in den Händen des Staates liegt, muss das wichtigste Ziel, der entscheidende Weg zur Erreichung eines Systems des Privateigentums und des freien Marktes, die Privatisierung staatlicher Betriebe sein.

Aber einfach „privatisieren“ zu sagen, reicht nicht aus. Erstens gibt es gerade in sozialistischen Staaten viele Regierungsaufgaben, die wir nicht privatisieren, sondern ganz abschaffen wollen. Zum Beispiel würden wir als Libertäre und Entstaatlicher nicht die Konzentrationslager, die Gulags oder den KGB privatisieren wollen. Gott bewahre, dass wir jemals eine effiziente Versorgung mit Konzentrationslager- oder Geheimpolizei- „Dienstleistungen“ haben!

„Als Libertäre und Entstaatlicher würden wir Konzentrationslager, Gulags oder den KGB nicht privatisieren wollen.“

Dies ist ein Punkt, der unterstrichen werden muss. Die Grundannahme der Analyse des Nationaleinkommens und des Bruttosozialprodukts lautet, dass alle staatlichen Maßnahmen produktiv sind, dass sie mit ihren Ausgaben zur nationalen Wirtschaftsleistung und zum Gemeinwohl beitragen. Wenn wir jedoch wirklich an Freiheit und Privateigentum glauben, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass viele dieser Maßnahmen keineswegs soziale „Dienstleistungen“ sind, sondern der Wirtschaft und Gesellschaft eher schaden als nützen, dass sie also eher „schlecht“ als „gut“ sind.

Das bedeutet, dass die Entstaatlichung die Abschaffung und nicht die Privatisierung solcher Einrichtungen wie (neben Konzentrationslagern und Geheimdiensteinrichtungen) aller Regulierungskommissionen, Zentralbanken, Einkommensteuerbehörden und natürlich aller Behörden, die die zu privatisierenden Funktionen wahrnehmen, umfassen muss.[6]

Grundsätze der Privatisierung

Echte Waren und Dienstleistungen müssen privatisiert werden. Wie ist das zu bewerkstelligen? In erster Linie soll der private Wettbewerb mit bisherigen staatlichen Monopolen frei und unbehindert sein. Dies würde nicht nur den Schwarzmarkt, sondern den gesamten Wettbewerb mit bestehenden staatlichen Aufgaben legalisieren. Aber was ist mit der massiven Anhäufung von staatlichen Unternehmen und Kapitalvermögen selbst? Wie sollen diese privatisiert werden?

Es wurden mehrere mögliche Wege vorgeschlagen, die sich jedoch in drei grundlegende Arten einteilen lassen. Eine davon sind egalitäre Zuteilungen. Jeder sowjetische oder polnische Bürger erhält eines Tages per Post einen restlosen Anteil am Eigentum verschiedener ehemals staatlicher Immobilien. Wenn also das Stahlwerk XYZ in Privateigentum übergehen soll und es 300 Millionen Aktien der Stahlgesellschaft XYZ gibt und 300 Millionen Einwohner, erhält jeder Bürger eine Aktie, die sofort nach Belieben übertragbar oder umtauschbar ist. Dass dieses System unglaublich unübersichtlich wäre, liegt auf der Hand. Die Anzahl der Menschen wäre zu groß und die Anteile zu gering, um jedem

Menschen einen Anteil zu ermöglichen, und es gäbe Anteile in unzähligen Größen und Varianten, die schnell über die Köpfe der Durchschnittsbürger hinweggehen würden.

Ein Großteil dieses Chaos würde durch den Vorschlag des tschechischen Finanzministers Vaclav Klaus beseitigt werden, der vorschlägt, dass jeder Bürger Basiszertifikate erhält, die gegen eine bestimmte Anzahl oder Vielfalt von Anteilen an verschiedenen Unternehmen auf dem Markt eingetauscht werden können. Aber selbst nach dem Klaus-Plan gibt es bei dieser Lösung schwerwiegende philosophische Probleme. Es würde den Grundsatz staatlicher Zuteilungen festschreiben, und zwar egalitärer Zuteilungen an nicht berechtigte Bürger. So würde ein unglückliches Prinzip die Grundlage eines völlig neuen Systems libertärer Eigentumsrechte bilden.

Es wäre weitaus besser, das ehrwürdige Prinzip der Selbstbewirtschaftung als Grundlage des neuen entstaatlichten Eigentumssystems zu verankern. Oder, um den alten marxistischen Slogan wiederzubeleben: „Alles Land den Bauern, alle Fabriken den Arbeitern!“ Dies würde das grundlegende Prinzip von Locke festlegen, dass Eigentum an besessenem Grund und Boden durch „die Vermischung der eigenen Arbeitskraft mit dem Boden“ oder mit anderen nicht im Besitz befindlichen Ressourcen erworben werden muss.

Entstaatlichung ist ein Prozess, bei dem der Staat seiner bestehenden „Eigentümerschaft“ bzw. Kontrolle beraubt wird und diese auf Privatpersonen übertragen wird. In gewisser Weise führt die Abschaffung des staatlichen Eigentums an Vermögenswerten dazu, dass diese sofort und implizit in einen Status der Eigentumslosigkeit übergehen, aus dem sie durch frühere Bewirtschaftung schnell in Privateigentum umgewandelt werden können. Das Bewirtschaftungsprinzip besagt, dass diese Vermögenswerte nicht wie beim Zuteilungsprinzip an die allgemeine abstrakte Öffentlichkeit, sondern an diejenigen übertragen werden sollen, die tatsächlich an diesen Ressourcen gearbeitet haben, d.h. an die jeweiligen Arbeiter, Bauern und Manager. Natürlich müssen diese Rechte wirklich privat sein, d.h. Land geht an einzelne Bauern, während Kapitalgüter oder Fabriken in Form von privaten, handelbaren Anteilen an die Arbeiter gehen. Das Eigentumsrecht darf nicht kollektiven oder genossenschaftlichen Vereinigungen, Arbeitern oder Bauern als Ganzes gewährt werden, da dies nur die Übel des Sozialismus in einer dezentralisierten und chaotischen syndikalistischen Form zurückbringen würde.

Es sollte selbstverständlich sein, dass diese Eigentumsanteile, um wirklich Privateigentum zu sein, von ihren Inhabern nach Belieben übertragbar und austauschbar sein müssen. Viele aktuelle Pläne in den sozialistischen Ländern sehen „Aktien“ vor, die vom Arbeiter oder Bauern gehalten werden müssen und für einen Zeitraum von Jahren nur an die Regierung zurückverkauft werden können. Dies verstößt eindeutig gegen den eigentlichen Punkt der Entstaatlichung. Andere vorgeschlagene Pläne sehen strenge Beschränkungen für die Übertragung des Eigentums an Ausländer vor. Wieder einmal erfordert eine echte Privatisierung vollständiges Privateigentum, einschließlich des Verkaufs an Ausländer.

Darüber hinaus ist nichts daran auszusetzen, an Ausländer „das Land zu verkaufen“. Je mehr Ausländer „das Land“ kaufen, desto besser, denn dies würde einen raschen Zufluss von ausländischem Kapital bedeuten und somit zu schnellerem Wohlstand und Wirtschaftswachstum im verarmten sozialistischen Block führen.

Bei der Gewährung von Aktien an die Arbeiter in den Fabriken stellt sich sofort ein Problem, das mit der Frage vergleichbar ist, was mit den kommunistischen Kadern und dem KGB

geschehen soll: Soll die herrschende Nomenklatura an den Eigentumsanteilen beteiligt werden?

In einer Rede in Moskau Anfang 1990 riet der Ökonom Paul Craig Roberts den Sowjets, dass das sowjetische Volk entweder der Nomenklatura die Kehle durchschneiden oder sie an den Eigentumsanteilen beteiligen könne; im Interesse des sozialen Friedens und eines reibungslosen Übergangs zu einer freien Wirtschaft empfahl er Letzteres. Wie ich oben bereits geschrieben habe, würde ich die Forderungen der Gerechtigkeit nicht so schnell vereiteln, aber ich möchte noch einmal auf einen dritten möglichen Weg hinweisen: weder das eine noch das andere zu tun und der Nomenklatura die Möglichkeit zu geben, produktive Arbeitsplätze im privaten Sektor zu finden. Der philosophische Streitpunkt ist, inwieweit die Aktivitäten der Manager in der alten sowjetischen Wirtschaft produktiv waren und somit Teil der Bewirtschaftungsarbeit darstellten, und inwieweit sie lähmend und kontraproduktiv waren und somit nichts Besseres als eine fristlose Entlassung verdienten.[7]

Ein dritter häufig vorgeschlagener Weg zur Privatisierung verdient es, sofort abgelehnt zu werden: dass die Regierung ihr gesamtes Vermögen auf einer Auktion an die Öffentlichkeit verkauft, an den Meistbietenden. Ein schwerwiegender Fehler dieses Ansatzes besteht darin, dass die Regierung praktisch alle Vermögenswerte besitzt. Woher sollte die Öffentlichkeit also das Geld nehmen, um diese zu erwerben, außer zu einem sehr niedrigen Preis, der einer kostenlosen Verteilung gleichkäme?

Aber ein weiterer, noch wichtigerer Mangel wurde nicht ausreichend hervorgehoben: Warum verdient es die Regierung, die Einnahmen aus dem Verkauf dieser Vermögenswerte zu behalten? Schließlich ist einer der Hauptgründe für die Entstaatlichung, dass die Regierung es nicht verdient, Eigentümer der Produktionsmittel des Landes zu sein. Aber wenn sie es nicht verdient, die Vermögenswerte zu besitzen, warum in aller Welt verdient sie es dann, ihren Geldwert zu besitzen? Und wir stellen uns nicht einmal die Frage: Was soll die Regierung mit den Geldern machen, nachdem sie eingegangen sind?[8]

Ein vierter Prinzip der Privatisierung sollte nicht vernachlässigt werden; tatsächlich sollte es sogar Priorität genießen. Leider kann dieser vierte Weg aufgrund der Natur der Sache nicht zu einem allgemeinen Grundsatz gemacht werden. Das wäre für die Regierung, alles gestohlene, konfisierte Eigentum an seine ursprünglichen Eigentümer oder an ihre Erben zurückzugeben. Dies ist zwar für viele Grundstücke, deren Fläche feststeht, oder für bestimmte Juwelen möglich, doch in den meisten Fällen, insbesondere bei Investitionsgütern, gibt es keine identifizierbaren ursprünglichen Eigentümer, denen das Eigentum zurückgegeben werden könnte.[9] Aufgrund der Natur der Sache ist es in Osteuropa einfacher, die ursprünglichen Grundstückseigentümer ausfindig zu machen als in der Sowjetunion, da seit dem ursprünglichen Diebstahl weit weniger Zeit vergangen ist. Im Falle von Investitionsgütern, die vom Staat hergestellt wurden, gibt es keine zu identifizierenden Eigentümer. Der Grund, warum dieses Prinzip überall, wo es gilt, Vorrang haben sollte, liegt darin, dass Eigentumsrechte vor allem die Rückgabe gestohlener Güter an die ursprünglichen Eigentümer bedeuten. Oder anders ausgedrückt: Ein Vermögenswert wird philosophisch gesehen nur dann eigentumslos und damit für eine Bewirtschaftung verfügbar, wenn ein ursprünglicher Eigentümer, sofern es einen gab, nicht mehr auffindbar ist.

Es gibt noch ein drängendes Problem: Wie groß sollten die neuen privaten Unternehmen sein? In sozialistischen Ländern ist jede Branche in der Regel an ein Monopolunternehmen gebunden, sodass bei einer Privatisierung jedes Unternehmens in ein gleich großes Unternehmen die Größe jedes einzelnen Unternehmens weit über dem Optimum auf dem freien Markt liegen würde. Ein grundlegendes Problem besteht natürlich darin, dass es in einer sozialistischen Wirtschaft für niemanden möglich ist, herauszufinden, wie groß die optimale Größe oder Anzahl von Unternehmen unter freien Marktbedingungen wäre.

In gewisser Weise werden sich Fehler, die beim Übergang zur Freiheit gemacht werden, natürlich von selbst ausgleichen, sobald ein freier Markt etabliert ist, mit Tendenzen zur Aufspaltung oder Konsolidierung in Richtung einer optimalen Größe und Anzahl.

Andererseits dürfen wir nicht den Fehler begehen, leichtfertig davon auszugehen, dass die Kosten oder Ineffizienzen dieses Prozesses außer Acht gelassen werden können. Es wäre vorzuziehen, bei der anfänglichen Privatisierung dem Optimum so nahe wie möglich zu kommen.

Vielleicht kann jede Betriebsstätte oder jede Gruppe von Betriebsstätten in einem Gebiet zunächst als separates Unternehmen privatisiert werden. Es versteht sich von selbst, dass ein sehr wichtiger Aspekt eines freien Marktes und dieses Optimierungsprozesses darin besteht, dem Markt die volle Freiheit zu geben, zu funktionieren: Das bedeutet Firmen zu fusionieren, zu kombinieren oder aufzulösen, wenn sich dies als rentabel erweist.

Fazit

Die Dimensionen des angebotenen Rothbard-Plans zur Entstaatlichung sollten nun klar sein:

Enorme und drastische Senkungen von Steuern, Beschäftigung in der Regierung und Staatsausgaben.

Vollständige Privatisierung des Staatsvermögens: Soweit möglich, Rückgabe an die ursprünglichen enteigneten Eigentümer oder deren Erben; andernfalls Gewährung von Anteilen an produktive Arbeiter und Bauern, die an diesen Vermögenswerten gearbeitet hatten.

Wahrung vollständiger und gesicherter Eigentumsrechte für alle Eigentümer von Privateigentum. Da vollständige Eigentumsrechte die völlige Freiheit des Austauschs und der Übertragung von Eigentum implizieren, darf es keine staatlichen Eingriffe in einen solchen Austausch geben.

Der Regierung die Macht entziehen, neues Geld zu schaffen, am besten durch eine grundlegende Reform, die gleichzeitig die Zentralbank liquidiert und ihr Gold verwendet, um ihre Banknoten und Einlagen zu einer neu definierten Einheit des Goldgewichts der bestehenden Währungen einzulösen.

All dies könnte und sollte an einem Tag erfolgen, obwohl die Währungsreform in Schritten von einigen Tagen durchgeführt werden könnte.

Ein Punkt, den wir nicht spezifiziert haben: Wie genau sollen Steuern oder staatliche Beschäftigung oder Ausgaben festgelegt werden, und wie vollständig soll die Privatisierung sein? Die beste Antwort stammt vom großen Jean-Baptiste Say, der für viele andere Dinge als das Say'sche Gesetz bekannt sein sollte: „Das beste Konzept für die [öffentlichen] Finanzen

besteht darin, so wenig wie möglich auszugeben, und die beste Steuer ist immer die geringste.“[10] Kurz gesagt ist die Regierung ist die beste, die am wenigsten ausgibt, Besteuer und beschäftigt und am meisten privatisiert.

Ein letzter Punkt: Ich wurde von libertären Kollegen für Vorschläge dieser Art kritisiert, weil sie Maßnahmen der Regierung beinhaltet. Ist es nicht widersprüchlich und etatistisch für einen Libertären, irgendeine Regierungsmaßnahme zu befürworten? Das scheint mir ein albernes Argument zu sein. Wenn ein Dieb das Eigentum eines anderen gestohlen hat, ist es wohl kaum eine „räuberische Handlung“, dafür einzutreten, dass der Räuber sein gestohlenes Eigentum herausgibt und es seinen Eigentümern zurückgibt. In einem sozialistischen Staat hat sich die Regierung praktisch das gesamte Eigentum und die Macht des Landes angeeignet. Die Entstaatlichung und der Übergang zu einer freien Gesellschaft beinhaltet notwendigerweise die Maßnahme, dass diese Regierung ihr Eigentum an ihre privaten Untertanen abgibt und diese Personen aus dem Kontrollnetz der Regierung befreit. In einem tieferen Sinne erfordert die Beseitigung des sozialistischen Staates, dass dieser Staat einen letzten, schnellen, glorreichen Akt der Selbstaufopferung durchführt, bevor er von der Bühne verschwindet. Dies ist ein Akt, der von jedem Liebhaber der Freiheit gelobt werden kann, auch wenn es ein Regierungsakt ist.

Dieser Artikel erschien in The Review of Austrian Economics 6:1 (1992). Er ist als PDF verfügbar. Eine frühere Version wurde auf der Jahrestagung der Southwestern Social Science Association auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Der Niedergang des Kommunismus“ im März 1991 in San Antonio, Texas, vorgestellt.

[1] Murray N. Rothbard, „Ludwig von Mises and the Collapse of Socialism“ (Ludwig von Mises und der Zusammenbruch des Sozialismus), gehalten auf der Jahrestagung der Allied Social Science Association in Washington, D.C., 1990, und veröffentlicht als „The End of Socialism and the Calculation Debate Revisited“ (Das Ende des Sozialismus und die Neubetrachtung der Kalkulationsdebatte), Review of Austrian Economics, 5, Nr. 2 (1991): 51–76.

[2]

Yuri Maltsev schreibt: „Wenn die Sowjets jedoch Privatisierung sagen, meinen sie nicht das, was wir unter dem Begriff verstehen. Der [Shatalin]-Plan würde vorschreiben, dass 80 Prozent der Aktien eines Unternehmens im Besitz anderer Unternehmen im selben Bereich sind, nicht öffentlich zugänglich. Um eine US-Analogie zu verwenden, wäre das so, als ob General Motors 80 Prozent der Ford-Aktien besäße und umgekehrt, und es wäre illegal, sie anderweitig zu besitzen.“ Maltsev merkt an, dass Stanislav Shatalin und der ursprüngliche Verfasser seines Plans für die Russische Republik, Grigory Yavlinsky, „beide Ökonometriker sind, die ihr Leben damit verbracht haben, die Wahnvorstellungen des Marxismus-Leninismus zu mathematisieren. Beide sind langjährige Zentralplaner, die vom ausgewachsenen Sozialismus desillusioniert wurden.“ Yuri N. Maltsev, „A 600-Day Failure?“ The Free Market 8 (November 1990): 6.

[3] Siehe Murray N. Rothbard, „The Myth of Neutral Taxation“, Cato Journal 1, Herbst 1981, Seite 519-64.

[4] Eine vierte Form von Einnahmen, die von der Öffentlichkeit geliehen wird, ist streng von den anderen drei Quellen abhängig.

[5] Siehe Yuri N. Maltsev, „A One Day Plan for the Soviet Union“, Antithesis 2 (Januar/Februar 1991): 4, und in dem früheren Bericht „The Maltsev One-Day Plan“, The Free Market (November 1990): 7.

[6] Es ist wichtig zu erkennen, dass, wenn eine staatliche Aktivität eher schlecht als gut ist, wir wollen, dass ihre Ausübung, solange sie existiert, so ineffizient wie möglich und nicht so effizient wie möglich ist. Eine der am meisten verhassten Organisationen im frühneuzeitlichen Europa war der „Steuereintreiber“, der dem König das Recht abkaufte, Steuern für eine bestimmte Dauer von Jahren einzuziehen. Wir könnten überlegen: Würden wir wollen, dass Einkommenssteuern privatisiert und vollständig mit staatlicher Macht bewaffnet von IBM oder McDonald's und nicht vom Finanzamt erhoben werden? Der Industrielle Charles F. Kettering soll einen Freund im Krankenhaus, der sich über das beschleunigte Wachstum der Regierung beklagte, aufgemuntert haben: „Kopf hoch, Jim, Gott sei Dank bekommen wir nicht so viel Regierung, wie wir bezahlen.“

[7] Yuri Maltsev empfiehlt die Annahme des Bewirtschaftungsplans, wobei das Vaclav-Klaus-Verteilungsschema in Fällen angenommen werden sollte, in denen Bewirtschaftung nicht durchführbar wäre. Maltsev, „A One-Day Plan for the Soviet Union.“

[8] Ein Hauptargument für den Verkauf staatlicher Vermögenswerte ist, dass dieser Prozess den Anti-Inflationseffekt hätte, den gefürchteten „Rubelüberhang“ aufzusaugen. Der Trugschluss in dieser ungeheuerlichen Argumentation besteht darin, dass der Überhang überhaupt nicht reduziert würde, es sei denn, die Regierungsbeamten würden vorschlagen, die

Rubel öffentlich in einem großen Freudenfeuer zu verbrennen. Die Regierung würde die Rubel ausgeben, und sie würden im Umlauf bleiben.

[9] In Ungarn wurde die Unabhängige Partei der Kleingrundbesitzer gegründet, um bei der Privatisierung den Schwerpunkt auf die Rückgabe von Land an die enteigneten Grundbesitzer Sü dungarns zu legen.

[10] Jean-Baptiste Say, *A Treatise on Political Economy*, 6. Aufl. (Philadelphia: Claxton, Remsen & Haffelfinger, 1880), S. 449. Siehe auch Rothbard, „The Myth of Neutral Taxation“, S. 551–554.